

# PROTEST IST ANGESAGT

## ENTSCHLEUNIGEN – NICHT BESCHLEUNIGEN

61



### Keine Sondergesetze für die Windindustrie! NI lehnt Entwurf für Investitionsbeschleunigungsgesetz ab

Die Bundesregierung plant ein umfassendes sogenanntes Investitionsbeschleunigungsgesetz. Von den geplanten Änderungen wären eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen betroffen wie z.B. die Verwaltungsgerichtsordnung, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, aber auch das Gerichtsverfassungsgesetz.

Übergeordnet verfolgen die Änderungen das Ziel, Genehmigungen für Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen und zu vereinfachen - z. T. unter massiver Einschränkung der bisherigen Rechtsschutzmöglichkeiten. Jede einzelne Windenergieanlage wird dabei in die Nähe dieser Infrastrukturmaßnahmen gerückt.

Den in den bundesdeutschen Landesregierungen vertretenen Parteien CDU/CSU, FDP, Grüne, LINKE und der SPD gilt der Natur- und Artenschutz offensichtlich als entscheidendes Hindernis der deutschen „Energiewende“. Gleichzeitig sollen die Rechte von Bürgern und anerkannten Verbänden beschnitten sowie die Rechtsmittel gegen Windenergieanlagen eingeschränkt werden. Parteiübergreifend haben das alle Umweltminister der Länder auf der 94. Umweltministerkonferenz am 15.05.2020 einstimmig beschlossen. (s. auch Seite 20 ff.). Diese Pläne sollen den Grundstein für die Fortsetzung eines naturzerstörenden Windenergieausbaus legen, der zukünftig weiter

*In Anbetracht des dramatischen Artensterbens, dem Verlust an Lebensräumen und Biologischer Vielfalt, dem Pestizid- und Antibiotikaeinsatz in der industriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung sowie den Herausforderungen beim Klimaschutz ist Entschleunigen das Gebot der Stunde, nicht Beschleunigen.*

massiv die Interessen von Mensch, Natur und Landschaften außer Acht lässt.

Die NI befürchtet, dass dabei die Anforderungen an den Schutz der Biodiversität, der Lebensräume einschließlich der Wälder sowie an den Klimaschutz in Mitleidenschaft geraten. Hingegen wäre es in Anbetracht der großen ökologischen Herausforderungen und des Überschreitens der planetaren Belastungsgrenzen dringend notwendig, gerade bauliche Maßnahmen zurückzuführen, um zumindest das Flächenziel von 30 ha/Tag nach der Bundes- Biodiversitätsstrategie erreichen zu können.

Sollten die geplanten Gesetzesänderungen beschlossen werden, würden die Menschen ihre Heimat und Landschaften nicht mehr wiedererkennen und wären flächendeckend von Industrieanlagen umgeben.

**Protestieren Sie** bei Ihren Bundestagsabgeordneten per E-Mail, Telefon und Postkarte gegen die geplanten Änderungen! **Hier finden Sie Ihre Bundestagsabgeordneten nach Bundesland und Wahlkreis:**

<https://www.bundestag.de/abgeordnete/wahlkreise>

**Mehr Infos:** [www.naturschutz-initiative.de](http://www.naturschutz-initiative.de)

**Spendenkonto für mehr Naturschutz:**

IBAN DE83 5739 1800 0011 5018 00